

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

15.2.1884 (No. 39)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 15. Februar.

№ 39.

Voranschlagung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 R. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1884.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 11. d. Mts. gnädigst geruht, die bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues erledigte Stelle eines technischen Rathes dem Baurath Kiegler in Achern, unter Verleihung des Titels Oberbaurath, zu übertragen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 14. Februar.

Zur endlichen Erledigung des Kultusetats im preussischen Abgeordnetenhaus spricht sich die „Nat.-Lib. Korr.“ in folgender Weise aus: „Nach anderthalbwöchiger höchst angestrengter Arbeit ist jetzt endlich die zweite Verathung des Kultusetats erledigt. Das Abgeordnetenhaus wäre mit der Hälfte der Zeit fertig geworden, wenn nicht das Zentrum sich wieder den breitesten Rebezeffen hingegeben hätte. Und wenn diese Partei jetzt auf ihre Aktion bei der Verathung des Kultusetats zurückblickt, so hat sie wenig Ursache, auf ihre Erfolge stolz zu sein. Kaum eine einzige gerechte Beschwerde konnte mehr vorgebracht werden. Die Klagen der Zentrumsredner bewegten sich nur noch gewohnheitsmäßig in den alten ausgefahrenen Gleisen oder sie waren ein unfruchtbares fanatisches Anklumpfen gegen die moderne Bildung und die Thätigkeit des Staats auf dem Gebiete des Unterrichtswesens. Wenn etwas beweisen konnte, daß es gerechte Beschwerden der Katholiken und Ansprüche derselben, die ein vorwiegend protestantischer Staat erfüllen kann, nicht mehr gibt, so war es der Verlauf dieser Verathung des Kultusetats. Sie wird nicht dazu beitragen, den erlöschenden Fanatismus im katholischen Volke wieder anzufachen, und das ist für die Existenz der Zentrumsparthei doch so unerlässlich notwendig.“

Zur Kritik des Gesetzentwurfs „die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer betreffend“.

In Nr. 36 dieses Blattes findet sich unter obiger Ueberschrift eine Besprechung einiger im „Badischen Beobachter“ vor kurzem erschienenen Artikel, betitelt „Die Nothwendigkeit einer gründlichen Steuerreform“. Zu diesen Artikeln ist nun in Nr. 36 des „Badischen Beobachters“ vom 13. d. Mts. ein Nachtragsartikel erschienen, welcher sich in „theoretischen Erörterungen“ über die angustrebende „rationelle Steuerreform“ ergeht. Zugleich findet sich in dem genannten Blatte die Notiz, daß der fragliche Artikel der „Karlsruher Zeitung“ wohl nicht geschrieben worden wäre, wenn der Verfasser desselben den erwähnten Schlußartikel des „Badischen Beobachters“ vorher gelesen haben würde. Diese Annahme ist eine vollkommen zutreffende; denn die „theoretischen Erörterungen“ dieses Schlußartikels sind — im Gegenjatz zu dem von uns anerkannten sachlichen Gehalt der vorangegangenen Artikel — derart, daß eine ernsthafte Diskussion der darin zusammengefaßten Anschauungen kaum thunlich erscheint.

Der Verfasser desselben rechnet die Besoldung der Beamten, insbesondere der „Staatsdiener“ zum fundirten Einkommen, und zwar zum best fundirten Einkommen, und baut hierauf sein Projekt der „rationellen Steuerreform“ auf. Er bestätigt damit nur auf's neue, daß ihm das Verständniß für den theoretischen Begriff des fundirten Einkommens vollständig fremd ist. Nicht der höhere Grad der Sicherheit im Sinn seiner Beibringlichkeit macht ein Einkommen zum fundirten, sondern als fundirtes Einkommen ist lediglich das auf Vermögensbesitz bezw. Kapitalbesitz beruhende Einkommen zu verstehen und zu diesem gehört die Besoldung des Beamten so wenig wie sonstiges Berufs Einkommen oder sonstiger Arbeitsverdienst. — Uebrigens führt der Verfasser des Schlußartikels den von ihm aufgestellten Begriff fundirtes Einkommen gleich sicheres Einkommen selbst nicht konsequent durch, sonst könnte er unmöglich, wie dies in dem erwähnten Schlußartikel geschieht, zu dem Vorschlag gelangen, den persönlichen Verdienst zu dem Vorschlag gelangen, den persönlichen Verdienst des ohne Betriebskapital arbeitenden Kleingewerbes dagegen mit fünfzehn; das Einkommen der „Staatsdiener“ mit zwölf, das (durchaus nicht sichere) Einkommen aus sonstigem wissenschaftlichen und künstlerischen Beruf (also z. B. des Arztes, Malers etc.) wieder mit fünfzehn zu kapitalisieren und die so gewonnenen Steueranschlüsse sodann als „gleichmäßige, in sich harmonische Steuerkapitalien“ zu bezeichnen. Auch scheint der Verfasser dieser Vorschläge von der Gleichmäßigkeit und inneren Harmonie jener Steuerkapitalien selbst nicht recht überzeugt zu sein, indem er unter V.B. seines Aufzuges die Nothwendigkeit betont, die „Steuerfähigkeit der verschiedenen Steuerkapital-Klassen durch den jährlichen Steuerfuß zu reguliren“. Es soll nach seiner Idee im Finanzgesetze jeweils die „Gesamtt-

lage des Landes“ im Steuerfuß der einzelnen Kategorien von Steuerkapitalien zum Ausdruck gelangen, d. h. es soll z. B. in guten Weinjahren der Steuerfuß der Steuerkapitalien der Rebstücker erhöht, bei gedrückten Holzpreisen der Steuerfuß der Steuerkapitalien der Waldungen vorübergehend ermäßigt, blühende Fabrikationszweige vorübergehend im Steuerfuß erhöht, momentan darniederliegende Gewerbszweige entsprechend erleichtert werden. Mit anderen Worten, es soll der Steuerfuß der einzelnen Kategorien von Steuerkapitalien von Budgetperiode zu Budgetperiode nach der größeren oder geringeren Rentabilität dieser Kapitalien regulirt werden. Die gewaltigen Schwierigkeiten, welche die Durchführung dieses Vorschlags im Gesetze haben würde, hat sich der Verfasser des Artikels offenbar nicht klar gemacht, sonst könnte derselbe unmöglich zu einer derart unpraktischen, den Interessentkampf sämmtlicher Steuerpflichtigen alljährlich auf's Neue entflammenden Maßregel erwählth haben. Auch wäre neben dieser fortgesetzten Regulirung des Steuerfußes nach der Rentabilität der Steuerkapitalien die doch auch vom Verfasser des Artikels befürwortete Einführung einer Einkommensteuer nahezu überflüssig, denn gerade bei der Einkommensteuer soll ja die Verschiedenartigkeit der Rentabilität der Steuerobjekte zum Ausdruck kommen.

Was die in Vorschlag gebrachte Bildung der Steueranschlüsse für das nicht fundirte Einkommen betrifft, so fehlt es an aller und jeder Begründung für die vorgeschlagene, schon oben ange deutete, so verschiedenartige Kapitalisierung. Wollte man nach den Vorschlägen verfahren, so würde sich, ganz abgesehen von der daneben noch zu entrichtenden Einkommensteuer, schon die Ertragsteuer allein (die Erwerb- bezw. Gewerbesteuer) vom Einkommen der „Angestellten“ bis zu 400 Proz., vom Einkommen der „Staatsdiener“ bis zu 600 Proz., vom Einkommen der ohne Betriebskapital arbeitenden kleineren Gewerbetreibenden, sowie aus wissenschaftlichem und künstlerischem Beruf bis zu 750 Proz. der jetzt zu entrichtenden Steuerbeträge erhöhen! Daß eine derartige maßlose Besteuerung des unfundirten Einkommens geradezu undurchführbar wäre, liegt auf der Hand. Mit einiger Verurteilung könnte derselben nur die Klasse der im Staatsdienst (mit und ohne Staatsdiener-Eigenschaft) Angestellten entgegenstehen, da bei diesen eine derartige exorbitante steuerliche Belastung mit Nothwendigkeit eine Erhöhung der Besoldungen und Gehalte nach sich ziehen müßte. Gerade diese vom Verfasser der Artikel wie es scheint vorzugsweise in's Auge gefaßte Klasse von Steuerpflichtigen würde daher von einer etwaigen Durchführung seiner Vorschläge thatsächlich am wenigsten getroffen. Auf's Härteste dagegen würden sämmtliche Gewerbetreibende, insbesondere die kleineren ohne Betriebskapital und die von wissenschaftlichem oder künstlerischem Beruf lebenden Nichtangestellten belastet werden.

Die gegen den Schluß des Artikels ausgesprochene Ansicht, daß nur ein auf diesen Grundlagen aufgebautes Steuersystem von Bestand sein werde und daß ohne Annahme dieser Grundlage der vorgelegte Einkommensteuergesetzentwurf sich nicht bewähren werde, glauben wir nach Vorstehendem als eine durchaus unbegründete und haltlose bezeichnen zu können.

Ebenso unbegründet scheint uns das in dem fraglichen Artikel schließlich gestellte Verlangen zu sein, zunächst durch eine eingehende Enquete feststellen zu lassen, in welcher Höhe die gleichen Einkommen der verschiedenen Berufsclassen zur Zeit zu den Staats- und Gemeindesteuern beigezogen sind, und den Einkommensteuergesetzentwurf bis dahin nur in der Richtung zur Annahme gelangen zu lassen, daß durch denselben für 1885 eine gesetzliche Feststellung der Jahres Einkommen sämmtlicher Steuerpflichtigen erreicht würde.

Was den letzteren Punkt betrifft, die bloß vorläufige, versuchsweise Erstellung eines Einkommensteuer-Katasters, so müssen wir entschieden bezweifeln, daß die Groß-Regierung die Hand dazu bieten werde, ein mit so großem Aufwand an Mühe, Arbeitskraft und Kosten verknüpftes Werk, wie es die erstmalige Erstellung eines Einkommensteuer-Katasters ist, bloß in provisorischer Weise durchzuführen mit der Möglichkeit, nach Vollendung desselben die Grundlagen des Gesetzentwurfs und des erstellten Katasters auf's Neue in Frage gestellt zu sehen. Jede nachträgliche Aenderung in den grundlegenden Gesetzesbestimmungen würde die ganze Arbeit zu einer werthlosen und unnützen machen. — Was aber den Wunsch nach einer statistischen Enquete über die Höhe der Belastung der gleichen Einkommen der verschiedenen Berufsclassen anbelangt, so ist die Erfüllung dieses Wunsches, wenn eine brauchbare Arbeit geliefert werden soll, mit solch bedeutenden Schwierigkeiten verknüpft, daß man die Lösung dieser Aufgabe wohl als eine unmögliche wird bezeichnen müssen. Die Lösung derselben würde eine Rentabilitätsberechnung der durch die Steuerkapitalien repräsentirten Vermögensobjekte, insbesondere der Grundstücke, Gebäude und gewerblichen Betriebskapitalien voraussetzen, und zwar würde bei der Verschiedenartigkeit der den Ertrag in jedem einzelnen Fall

bedingenden Verhältnisse mit vereinzelten Probeermittlungen nicht gebient sein, sondern es müßten solche Berechnungen und Ermittlungen in umfassendster Weise vorgenommen werden, um zu brauchbaren Durchschnittsergebnissen zu gelangen. Selbst wenn es aber gelingen sollte, die fraglichen Feststellungen in genügend sicherer und umfassender Weise durchzuführen, so würden die gewonnenen Ergebnisse unseres Erachtens kaum eine praktische Bedeutung besitzen, so lange man an dem von uns vertretenen und sicherlich gerechtfertigten Standpunkte festhält, daß bei einem wirklich rationalen, die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen berücksichtigenden Steuersysteme die steuerliche Belastung gleich groß, jedoch aus verschiedenen Quellen fließender Einkommen, insbesondere der fundirten und der nicht fundirten Einkommen, notwendigerweise eine verschiedene sein und eine verschiedene bleiben muß. Uns will daher scheinen, daß in dem von dem Verfasser der Artikel des „Badischen Beobachters“ wie auch schon von anderer Seite gestellten Verlangen nach Veranstaltung von Enqueten über die steuerliche Belastung der Einkommen der einzelnen Kategorien von Steuerpflichtigen weniger ein Bedürfnis nach weiterer Klarlegung der thatsächlichen Verhältnisse als der stille Wunsch einer Hinausschiebung der Einführung des Einkommensteuer-Gesetzes auf unbestimmte Zeit zu erkennen ist, während Jeder, dem es um Anbahnung einer angemessenen Reform unseres direkten Steuerwesens ernstlich zu thun ist, nicht anstehen wird, in dem vorgelegten Entwurf eines Einkommensteuer-Gesetzes einen bedeutamen Schritt auf dem Wege zu dem erstrebten Ziele zu erblicken und das möglichst baldige Zustandekommen des Gesetzes aufrichtig zu wünschen.

Deutschland.

* Berlin, 13. Febr. Se. Maj. der Kaiser hatte heute Vormittag eine längere Besprechung mit dem Vizepräsidenten des Ministeriums v. Puttkamer und empfing den Prinzen Friedrich von Hohenzollern. Nachmittags unternahm der Kaiser eine Spazierfahrt. — Fürst Bismarck erfreut sich des besten Wohlbefindens. Er soll in letzter Zeit seiner Umgebung gegenüber mehrfach geäußert haben, er fühle sich wohler als je und hoffe sich lebhaft an den Reichstags-Arbeiten zu betheiligen. — Die „Nationalliberale Korrespondenz“ hört, daß eine Vorlage wegen Herabsetzung der Rechtsanwalts-Gebühren in Vorbereitung sei. — Die verstärkte Gemeindefunktion nahm mit 14 gegen 5 Stimmen den Antrag Straßmann-Zelle auf Erlass eines Gesetzes betreffend Abänderung der Städteordnung in den sechs östlichen Provinzen vom 30. Mai 1883 an.

— Ein Artikel der „Provinzial-Korrespondenz“ über die Verhandlungen der Steuerkommission tritt der Unterstellung entgegen, daß die Regierung sich an der vorgeschlagenen Befreiung der vier untersten Klassensteuer-Stufen nicht werde genügen lassen und das Ziel der völligen Beseitigung der Klassensteuer weiter zu verfolgen beabsichtige. Ueber die Forderung, die Einkommen bis 1200 M. von den direkten Staatssteuern zu befreien, sei die Regierung nicht hinausgegangen, unter diese Mindestforderung werde sie aber auch nicht zurückgehen.

— Der General der Kavallerie v. Tümppling, zuletzt Kommandirender des 6. Armeecorps, ist gestorben. Wilhelm v. Tümppling, geb. 30. Dezember 1809, begann die militärische Laufbahn in seinem 21. Lebensjahre, und zwar bei den preussischen Gardes du Corps. Er wurde sehr frühzeitig zum Generalstab kommandirt und hat von 1853 an verschiedene Garde-Kavallerieregimenter geführt. In den Feldzügen von 1863 und 1866 führte er die 5. Division und wurde bei Gitschin am 29. Juni 1866 schwer verwundet. Im französischen Feldzuge kommandirte er das 6. Armeecorps. Er war Chef des in Hagenau stehenden 3. schlesischen Dragonerregiments Nr. 15. — Oberst v. Krosigk, Kommandeur der dritten Garde-Kavalleriebrigade, ist zum Chef des Militär-Reit-instituts in Hannover ernannt, Prinz Friedrich von Hohenzollern mit der Führung der dritten Garde-Kavalleriebrigade und Major v. Stosch vom Generalstab des fünfzehnten Armeecorps mit der Führung des zweiten Garde- Dragonerregiments beauftragt worden.

Darmstadt, 13. Febr. Die Zweite Kammer beschloß, daß das Einkommen- und Kapital-Steuer-Gesetz ein untrennbares Ganze bilden sollen, so daß eines derselben nicht ohne das andere in Wirksamkeit treten dürfe.

E.L.C. Straßburg, 11. Febr. Das neueste „Bulletin ecclésiastique“ der Diözese Straßburg enthält einen bischöflichen Erlaß, durch welchen allen Geistlichen der Diözese verboten wird, irgend eine Schrift oder ein Buch, welches sich direkt oder indirekt auf den Glauben, die Sitten oder kirchliche Disziplin bezieht, zu veröffentlichen, ohne vorgängige Erlaubniß der geistlichen Behörde. — Der auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landesauschusses stehende Entwurf eines Gesetzes betr. die anderweitige Einrichtung der Verwaltung der direkten

Steuern (Zusammenlegung der Steuerdirektionen) hat bestem Vernehmen nach gegründete Aussicht auf Annahme seitens des Landesauschusses. Die Kommission empfiehlt die Annahme. — Nach mehrjährigen Bemühungen ist es jetzt gelungen, die drei Kriegervereins-Bezirke (34, 35, 36) in Elsaß-Lothringen zu einem elsass-lothringischen Verband zu vereinigen. Es wird dadurch die Vertretung des Verbandes auf den Kriegervereins-Tagen ermöglicht und Elsaß-Lothringen auch in dieser Beziehung zu einem engeren Anschluß an das übrige Deutschland gebracht. Bei der hohen Bedeutung der Kriegervereine gerade im Reichslande ist diese Thatsache doppelt erfreulich.

Niederlande.

Haag, 13. Febr. Der Gesandte Russlands am hiesigen Hofe, Geheimrath v. Stolipin, ist diese Nacht gestorben.

Frankreich.

Paris, 14. Febr. Leon Say ist gestern hier eingetroffen und hatte den Morgenblättern zufolge mit Ferry eine Unterredung, wobei es sich um Wiedereintritt Say's ins Finanzministerium gehandelt haben soll. — Die Legung des Telegraphenabels zwischen Hai-Phong und dem Vorgebirge Saint-Jacques (Cochinchina) ist vollendet; schon morgen soll das Kabel in Thätigkeit gesetzt werden. — Der Scheich von Mahares, einer kleinen tunesischen Stadt, hat nach Abzug der französischen Truppen die französische Fahne herabgerissen und zerlegt. — Nach einem Telegramm des Admirals Courbet vom 8. d. sind die Mandarinen, welche die Niedermezelung der Christen in den Provinzen Than-hoa und Nghe-an zuließen, auf Befehl des Hofes von Hué vor Gericht gestellt und bestraft worden. — „Patrie“ sagt, die Megeleien in Than-hoa seien leider nicht die einzigen. Der Bischof Gaspar, apostolischer Vikar von Nord-Cochinchina, melde schreckliche Megeleien in der Umgegend von Hué. Mehrere christliche Niederlassungen wurden zerstört, mehr als 50 Christen umgebracht. Von hochgestellten Mandarinen gebundene Banden durchzogen das Land mit dem Rufe: Tod den Christen, Tod den Franzosen! dabei plündernd und mordend. Das Vikariat in Ost-Cochinchina laufe die gleiche Gefahr. Die Christen der Umgegend von Turant verließen die Dörfer und begaben sich nach Quinhon, wo sie hofften, Franzosen anzutreffen.

Italien.

Rom, 14. Febr. (Tel.) Der „Osservatore romano“ veröffentlicht eine Rede Sr. Heil. des Papstes anlässlich der Verlesung der Dekrete betreffs Verehrung der durch heldenmüthige Tugenden hervorragenden Diego di Cabi und Gertrude Salandri. Der Papst sagte: Die Welt begreift diese Tugenden nicht. Von tiefem Hass gegen die religiösen Orden erfüllt führt sie einen thörichten und gottlosen Krieg gegen dieselben. In Italien führt man, nachdem man die religiösen Körperschaften unterdrückt, ohne irgendwelchen Grund eine Reihe überlebender Mitglieder und trinkt die letzten Jahre ihres Lebens mit Bitterkeit. Dies ist für uns ein Grund zu unsäglicher Trauer. Flehen wir zu Gott, daß er die Gnade habe, der wachsenden Kühnheit der Gegner einen Raum anzuzeigen und deren sträfliche und unsinnige Projekte zu vereiteln. — Die Note des Vatikans bezüglich der Propaganda von Rom gibt eine Geschichte dieses Instituts und weist nach, der univierselle Charakter desselben bedinge dessen vollständige finanzielle Selbstständigkeit. Die Note erinnert auch an vorausgegangene für die Propaganda günstige gerichtliche Urtheile und schließt, indem sie anzeigt, daß der Vatikan zur Sicherung neuerlicher Schenkungen geeignete Maßregeln im Interesse der Propaganda ergreifen werde. — Die Nachricht auswärtiger Blätter über die baldige Errichtung einer russischen Gesandtschaft beim Päpstlichen Stuhle war der „Agenzia Stefani“ zufolge niemals begründet; die Unterhandlungen Buteniefs mit Jacobi über die schwebenden Fragen sind sogar suspendirt, wenn nicht abgebrochen.

Großbritannien.

London, 13. Febr. Wie verlautet, erhielt das Memorandum der liberalen Partei, welches Gladstone auffordern sollte, behufs der Einigkeit der liberalen Partei eine energische Haltung in der ägyptischen Frage einzunehmen und das Protektorat über Ägypten zu erklären, so wenig Unterschriften, daß die Ueberreichung nicht stattgefunden hat.

Unterhaus. Der Parlamentssekretär der Admiralität Campbell-Bannerman erklärt die Blättermeldung, daß der Vize-Admiral Hertzog von Edinburgh mit dem unter ihm stehenden Geschwader nach dem Nothen Meere beordert sei, für gänzlich unbegründet; der im Nothen Meere befindliche Contre-Admiral Hewitt besitze das volle Vertrauen der Regierung, und diese wünsche demselben jede in ihrer Macht stehende Unterstützung zu gewähren. — Sodann theilt Gladstone mit, General Gordon habe telegraphirt, daß nicht die geringste Wahrscheinlichkeit vorhanden sei, daß die Insurgenten in Suakin die Frauen und Kinder niedermachten; die Rebellen seien gegenwärtig lediglich bemüht, die Nachbarn zum Aufstande zu veranlassen. Er habe nicht die geringste Befürchtung, daß die Sicherheit Khartums und Verbers durch die Ereignisse in Suakin gefährdet würde. Vater Pascha telegraphirte gestern von Suakin: Die Stadt sei ruhig, die Worpösten hörten kein Feuern. Von Tolar seien keine Nachrichten eingelaufen, gestern Abend aber amtliche Briefe nach Tolar gelangt worden mit der Aufforderung, auszuhalten, bis der britische Entlass einetroffen sei. Aus Kairo telegraphirte der Generalconsul Varing, Gordon verlasse heute Verber, um sich nach Khartum zu begeben; derselbe sei von mehreren einflussreichen Hauptlingen begleitet.

Serbien.

Belgrad, 13. Febr. Gestern traf der erste Zug der serbischen Staatsbahn in Nißch ein und wurde von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt. Der Außenminister Protitch erwiderte die Ansprache des Bürgermeisters im Namen des Königs. Von der Gemeinde wurde ein Glückwunsch-Telegramm an den König abgesandt.

Griechenland.

Athen, 13. Febr. Die türkische Gesandtschaft empfing eine Depesche aus Kreta, welche die Nachricht der „Daily News“ über einen Aufstand auf der Insel für falsch erklärt.

Ägypten.

Kairo, 14. Febr. (Tel.) Die Vorbereitungen der für den Abmarsch nach Suakin bestimmten Truppen werden lebhaft betrieben. Außer Oberst Clerly soll kein Mitglied des Generalstabes der Okkupationsarmee die Expedition begleiten. Aus Suakin vom 13. Febr., Abends 7 Uhr, wird gemeldet: Die Entsendung von Truppen nach Suakin ist offiziell bekannt gemacht und ein Schreiben nach Tolar gesandt, worin die Garnison aufgefordert wird, sich nicht zu ergeben, da Unterstützung abgehandelt sei. — Fünf Mann der ehemaligen Besatzung von Sinat und mehrere Franzen aus Sinat trafen gestern Morgen in Suakin ein und bestätigten die bereits gemeldeten Nachrichten über die Einnahme Sinats in vollem Umfang. Sie fügten hinzu, die Anführer der Aufständischen hätten sich erboten, das Leben der Mannschaften der Besatzung zu schonen unter der Bedingung, daß Tewfik Pascha ausgeliefert würde.

Nordamerika.

New-York, 13. Febr. Ein von Mitgliedern der Produzentenbörse abgehaltenes Meeting nahm einen Antrag an, welcher der Regierung die Einführung einer Untersuchung und Prüfung der Schweine und Schweineprodukte bezüglich der Qualität derselben anempfiehlt und zugleich auspricht, daß der Vorschlag Frankreichs wegen einer mikroskopischen Untersuchung der Schweine und Schweineprodukte einem Einfuhrverbot gleichkomme. — Die Ueberfchwemmung in Cincinnati nimmt noch immer zu. Unterhalb Cincinnati hat sich die Lage beständig verschlimmert. Die Schilderungen sind herzzerreißend.

Washington, 13. Febr. Im Repräsentantenhause ist ein Antrag eingebracht, welcher die Konvertirung der Schuld in 2 1/2 Proz. Bonds vorschlägt. Diese Maßnahme tritt an Stelle der bereits eingebrachten Vorlage betreffend die Emission von 2proz. Bonds.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 14. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag verschiedene Vorträge entgegen, empfing den Generalintendanten Oden Herrn zu Putzig sowie den Professor Dr. Kraus von Freiburg und ertheilte dann dem Fabrikbesitzer Lorenz und dem Oberbaurath Professor Durm von hier Audienz.

Nachmittags empfingen Seine königliche Hoheit den Geheimrath Freiherrn von Ungern-Sternberg und später den Oberlieutenant von Treskow zur Vortragserstattung.

(Das „Verordnungsblatt der Großherzoglichen Steuerdirektion“ Nr. 4) enthält folgende Personalnachrichten: Nach Erlaß Großherzoglicher Finanzministeriums vom 30. Januar d. J. wurde die erledigte erste Gehilfenstelle bei der Obeereinnehmer Raffalt dem Finanzpraktikanten Augustin Reifer von Schöllach übertragen. Mit Erlaß Großherzoglicher Steuerdirektion vom 25. Januar d. J. wurde Buchhalter Karl Stoll in Raffalt in gleicher Eigenschaft zum Hauptsteueramt Singen versetzt.

(Wahl.) Die dritte Klasse der Wahlberechtigten wählt morgen zwei Ersatzmänner für ausgeschiedene Stadtverordnete mit dreijähriger Amtsdauer.

(Die Allgemeine Volksbibliothek), gearündet vom Karlsruher Männer-Vereine, versendet ihren neunten Jahresbericht. Es ergibt sich aus demselben, daß auch im Jahre 1883 diese Anstalt die gleichen günstigen Ergebnisse wie in den Vorjahren aufzuweisen hat. Die Zahl der während des verfloffenen Jahres neu zugegangenen Besucher betrug 486. Im Ganzen wurde im Jahre 1883 die sehr erhebliche Zahl von 24,315 Büchern ausgeliehen. Seit Begründung der Bibliothek sind an 8179 Personen 228,137 Bände ausgeliehen worden. Die Einnahmen der Volksbibliothek betragen sich auf 1886 M. 36 Pf. (darunter Baden Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs 8 M., des Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, der Generaldirektion der Großherzoglichen Staats-Eisenbahnen, des Stadtraths der Residenz, der Gewerbebank, des Männer-Vereins, der Loge „Leopold zur Treue“ und einer größeren Anzahl von Privatpersonen). Die Ausgaben betrugen 1884 M. 65 Pf. Der Grundstock der Anstalt beläuft sich auf 2096 M. 50 Pf. Der aus einer Reihe angesehener Persönlichkeiten bestehende Aufsichtsrath empfiehlt am Schlusse des Jahresberichts die gemeinnützige Unternehmung — das in hiesiger Stadt zugleich die Stelle einer Schülerbibliothek vertritt — dem Wohlwollen seiner bisherigen Gönner, eine Empfehlung, der wir unserselbst uns nur anschließen können.

L.G.V. (Obst und Gemüse.) Seit unserem letzten Berichte über die Obst- und Gemüsepreise sind die Preise allenthalben etwas gestiegen. Die Zufuhr ist im Allgemeinen schwach, nur in einzelnen wenigen Artikeln stark zu nennen. Konstanz berichtet über starke Zufuhr von Kartoffeln, mittelstarke Zufuhr von Obst und geringe Zufuhr von Wurzel- und Kohlgewächsen. In Waldshut ist die Zufuhr ständig schwach. Freiburg hat starke Zufuhr in Schwarzwurzeln, Wirsing, Kohlrabi, Rosenkohl und Kartoffeln, dagegen wenig Zufuhr von Blumenkohl, Sellerie und Kopsalat. Offenburg meldet ziemlich starke Zufuhr von Tafeläpfeln. Die Durchschnittspreise dieser Woche sind: 1 Blumenkohl 52 Pf., 1 Wirsing 12 Pf., 1 Wirsing 9 Pf., 1 Kohlrabi 18 Pf., 1 Kohlrabi 2 Pf., 1 Endivienalat 4 Pf., 1 Sellerie 6 Pf., 1 Zwiebel 3 Pf., 1 Kilo Rosenkohl 52 Pf., 1 Kilo Schwarzwurzeln 70 Pf., 1 Kilo Zwiebeln 25 Pf., 1 Kilo Kartoffeln 9 Pf., 1 Kilo Kernbohnen 34 Pf., 1 Kilo Erbsen 34 Pf., 1 Tafelapfel 2 Pf., 1 Birne 2 Pf., 1 Kilo Tafelapfel 16 Pf., 1 Kilo Birnen 30 Pf. — Wirsing kostet 16 Pf. in Offenburg, 15 Pf. in Waldshut und Forstheim, 10 Pf. in Karlsruhe, 9 Pf. in Schwetzingen und nur 5 Pf. in Offenburg. Wirsing kostet 14 Pf. in Forstheim, 10 Pf. in Karlsruhe, 9 Pf. in Schwetzingen, 8 Pf. in Freiburg und Offenburg und nur 6 Pf. in Konstanz. 1 Kilo Schwarzwurzeln kostet 100 Pf. in Freiburg, 80 Pf. in Karlsruhe, 70 Pf. in Konstanz, 60 Pf. in Forstheim und nur 43 Pf. in Offenburg. Im Uebrigen sind keine bemerkenswerthen Preisunterschiede zu verzeichnen.

Wetzheim, 13. Febr. (Kolonialverein.) Gestern Abend fand im „Alten Frig“ die Konstituierung einer Sektion des Deutschen Kolonialvereins statt. Herr Oberbürgermeister Groß legte in eingehender Weise die Grundtendenzen des Deutschen Kolonialvereins dar, worauf ein siebenmaliger Vorstand mit Herrn Oberbürgermeister Groß als Vorsitzendem gewählt wurde. Die hiesige Sektion zählt bereits 89 Mitglieder.

* Heidelberg, 13. Febr. (Hoher Besuch. Aktienbrauerei. Café Voley.) Bei dem kurzen Ausfluge nach Heidelberg, welchen Ihre Maj. die Kaiserin von Oesterreich während ihres vorjährigen Aufenthalts in Baden-Baden unternahm, stellte die hohe Frau, entzückt von der herrlichen Lage der Stadt und Umgegend, eine Wiederholung des Besuchs auf etwas längere Dauer in Aussicht. Wie die „Obba. Ztg.“ hört, steht die Verwirklichung dieses Besuchs in naher Zukunft bevor, indem die Kaiserin nach Beendigung ihrer Kur in Wiesbaden zwischen dem 10. und 15. April d. J. zu einem etwa 14tägigen Aufenthalt dorthin eintrifft und im Schloßhotel Wohnung nimmt, welches für diese Zeit ausschließlich für den hohen Besuch in Anspruch genommen wird. — Die konstituierende Generalversammlung der Heidelberger Aktienbrauerei, vormals Kleinlein, fand heute hier statt. Die Herren Ludwig Scholl und Friedrich Reiss, beide in Heidelberg, wurden aus dem Aufsichtsrath in den Vorstand delegirt. — Das frühere „Café Voley“ an der alten Redarbrücke, in dem früher das Studentencorps „Danalia“ seinen Sitz hatte und in welchem zuletzt der anglo-amerikanische Klub seine Zusammenkunft hielt, ist von dem Corps der „Wessfalen“ erworben. Von den 5 hiesigen Corps haben nun 4 ihre eigenen Gesellschaftshäuser.

Manheim, 11. Febr. (Statistisches. Vorträge. Arbeiterversammlung. Telephon.) Im Monat Januar betrug die Zunahme der Bevölkerung 387 Personen, Sterbefälle fanden 92 statt, Geburten 164. — In seinem gestrigen Vortrage behandelte Professor Mathy die Architektur und Sculptur Griechenlands im 4. Jahrhundert, wobei der Redner hauptsächlich auf die Werke von Soklos, Peziteles und Lysippos eingieng. — Heute Abend spricht Kapitän Bader, der als zweiter Offizier die Nordpolfahrt auf der Ganza im Jahre 1869 mitmachte, über den Untergang dieses Schiffes und die 23tägige Eisflohens-Fahrt der Besatzung desselben. Vorigen Samstag hielt derselbe den gleichen Vortrag vor einem sehr zahlreichen Auditorium unter lebhaftem Beifall der Anwesenden. — Auf gestern Abend hatte der Fachverein der Schreiner eine Arbeiterversammlung auf den Sambrinnskeller einberufen. Von einem der streikenden Arbeiter des Zimmergeschäftes Herrmann und Biermann wurden die Gründe der Arbeitseinstellung dargelegt, namentlich die geringen Lohnsätze hervorgerufen. Die Versammelten einigten sich, nachdem auch ein Vertreter der Firma gesprochen, zu der Resolution, die Forderungen der Arbeiter seien als gerecht zu bezeichnen und müsse dahin gewirkt werden, daß der Sieg auf Seiten der Arbeiter sich wende. — Eine Erweiterung der Fernsprecheinrichtung wird in der Weise für das Publikum stattfinden, daß gegen eine Gebühr von 30 Pf. für 5 Minuten jedem Theilnehmer an der Fernsprecheinrichtung Manheim gestattet wird, nach Ludwigshafen zu sprechen, während nach der Eröffnung der öffentlichen Fernsprechstelle Ludwigshafen jedem, auch dem Nichtanwesenden, für 50 Pf. auf 5 Minuten die Verbindung mit Manheim ermöglicht wird.

Adersbach, 8. Febr. (Jagdverpachtung.) Gestern wurde die hiesige Jagd auf weitere 6 Jahre verpachtet und waren die Höchstbietenden die Vertreter der Grafen Degenfeld und v. Helmstatt, welche dieselbe um den Preis von 550 M. jährlich erzielten. Bisher belief sich das jährliche Pachtgeld nur auf 95 M.

Kronau, 12. Febr. (Die goldene Hochzeit der Peter Schattner'schen Eheleute von hier wurde gestern in feierlicher Weise begangen. Unser Gemeindevorstand überreichte dem noch in voller Rüstigkeit stehenden Jubelpaar mit einer passenden Ansprache das von Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog gespendete Geschenk von 30 Mark.

Offenburg, 13. Febr. (Fruchtpreise. Schweine- und Pflanzmarkt. Pomologischer.) Am letzten Samstag wurden in der Fruchthalle 262 Zentner eingeführt, während vom letzten Markte noch 22 Zentner aufgestellt waren. Verkauft wurden sämtliche Vorräthe zu folgenden Durchschnittspreisen: Weizen 10 M. 25 Pf., Halbwaisen 8 M. 80 Pf., Korn 8 M. 50 Pf., Hafer 6 M. 65 Pf., Gerste 7 M. 75 Pf., Welschkorn 7 M. 50 Pf. — Der Schweinemarkt vom 26. v. M. war bei lebhaftem Geschäftsgange von 850 Stück befahren, darunter Käufer von 50 Pfund aus 23 Ortschaften der Amtsbezirke Achern, Rehl, Ahr und Offenburg. — Nach einer kürzlich vorgenommenen Zusammenstellung besitzt die Stadtgemeinde Offenburg zur Zeit 1135 Zweitschgen, 1095 Birnen, 1069 Äpfel, 168 Kastanien, 21 Nuß- und 13 Kirschbäume und außerdem eine Baumhülle. Die Aufsicht über alle notwendigen Arbeiten führt eine von dem Gemeinderathe hiermit beauftragte geeignete Persönlichkeit, unter welcher ein städtischer Baumwart, der auf der Obbaum-Schule zu Karlsruhe ausgebildet worden war, thätig ist. Für Ausgaben auf Baumpflanzungen wurden während der drei letzten Jahre jeweils 1000 M. eingestellt; diesen Ausgaben steht eine Einnahme von 897 M. 80 Pf. für 1882 und von 957 M. 80 Pf. für 1883 gegenüber, ein Betrag, der im Hinblick auf den Umstand, daß die Pflanzungen auf den Aedern entweder als Bürgergenutzung dienen oder verpachtet sind, immerhin beträchtlich ist. Kommen aber einmal die seit 1880 und 1882 geschehenen Anpflanzungen junger Bäume in Ertrag, so werden sich die hierfür gemachten Auslagen in noch höherem Maße lohnen.

Freiburg, 12. Febr. (Gemeindevoranschlag.) Der „Dr. Ztg.“ zufolge wurde in der gestern Nachmittags stattgehabten Stadtraths-Sitzung der Gemeindevoranschlag pro 1884 beraten und endgiltig festgestellt. Durch Umlagen müssen etwa 470,000 M. gedeckt werden und wird die Umlage die gleiche bleiben wie im vorigen Jahre. Dieselbe berechnet sich: 1) auf das Grund- und Häusersteuer-Kapital pro 100 M. 45 Pf.; 2) auf das Erwerbsteuer-Kapital der Unternehmer (I. A.) pro 100 M. 36.; 3) auf das Erwerbsteuer-Kapital nach Art. I. B. pro 100 M.: a. der Gehilfen 27 Pf., b. der Dienstleistungen, Ruhegehalte u. 27 Pf.; 4) auf das Kapital-Rentensteuer-Kapital pro 100 M. 12 Pf.

Stocach, 12. Febr. (Vortrag.) Mehrseitigem Wunsche zu begeben hielt Hr. Amtsrichter Dr. Ottenböcker gestern Abend in dem Bürgermuseums-Lokale einen längeren Vortrag. Redner sprach über das Klagenverfahren und berührte als ersten Punkt die Klage selbst, wobei derselbe in ausführlicher, leicht faßlicher Weise den Anwesenden ausinandersetzte, wer klagen kann, wo und wie geklagt werden soll. Wegen vorgerückter Zeit konnte zum zweiten Theil des Vortrags nicht geschritten werden und wird deshalb ein weiterer Abend die hiesigen Einwohner hierfür in Anspruch nehmen. Mit stichtlicher Spannung folgten die Zuhörer den Worten des Redners und lobte die allgemeine Auf-

merkmalt die Nähe desselben. Die Räumlichkeiten waren dicht besetzt, etwa 150 Personen. Zum Schluß dankte Dr. Bürgermeister v. Massenbach namens der Anwesenden dem Dr. Amtsrichter Dr. Ottenböfer für seine Freundlichkeit. Die Fortsetzung des Vortrags wird das Mahn- und Volkstiedungsverfahren, sowie das Gerichtslosten-Gesetz behandeln.

Vom Bodensee, 12. Febr. (Eisimport und Eismaschinen. Aus Radolfzell.) Der Eisimport — namentlich aus dem Kanton Glarus — hat in jüngster Zeit beträchtliche Dimensionen angenommen und ein Brauereibesitzer in Konstanz, Herr Ruppner, soll für 20,000 M. Eis schönster Qualität aus der Schweiz bezogen haben. Die in größeren Städten gebräuchlichen Eiszerzeugungsmaschinen, wie jene von Raoul Pictet und von Ch. Tellier, konnten bis jetzt in der Gegend noch nicht Eingang finden. In Bayern kommt die Liebesche Eismaschine vielfach zur Verwendung und stellt sich der Herstellungspreis von 1 Ztr. Eis auf 46 Pf. nach Angabe des Hrn. Gabriel Sedlmayer in München; bei Erzeugung kalter Luft berechnet sich der Werth von 1 Ztr. Eis auf nur 25 Pf. unter Annahme einer starken Amortisation des Apparates von 20 Proz. Das in der Maschine gebildete Eis ist kryallinell. — Wie wir erfahren, ist in dem sehr besuchten Gasthof „Zum Schiff“ in Radolfzell eine zweckmäßige Einrichtung zum Gebrauche warmer Bäder unlängst hergestellt.

Konstanz, 12. Febr. (Vortrag.) „Das Volkslied bildet das Thema der vierten Bessenberg-Vorlesung, welche Herr Professor Dr. Scherer von München zu übernehmen die Güte gehabt. Als Geburtsstätte des Volksliedes, dieses im eigentlichen Sinn genommen im Gegensatz zu den Liedern im volkstümlichen Tone, wie wir sie von unsern namhaftesten Dichtern besitzen, bezeichnet der Redner die waldebdämmerige Gemüthswelt der breiten, auf eine höhere Bildungsstufe noch nicht emporgehobenen Volksmasse in ihrer ursprünglichen naiven Geistesfassung. Jene ein besonders begabter Mann aus diesem Volke ergreift einen, ihn und die Zeitgenossen gleich bewegenden Gedanken und verleiht ihm einen mehr oder minder kunstgerechten Ausdruck. Eingestrichene Beispiele von den ersten Anfängen des deutschen Volksliedes im 12. Jahrhundert bis zu seiner Blüthezeit im 15. bis 16. Jahrhundert belebten den spannenden Vortrag des Redners, der darin eine leicht faßliche Darstellung der Geschichte, der verschiedenen Gattungen und des Einflusses des Volksliedes auf die Kulturentwicklung unseres Volkes zu verflechten verstand. Er gedachte Herber's, Goethe's, des Göttinger Dichterbundes, Heine's, der Verfasser von „Des Knaben Wunderhorn“ und der eifrigen Forscher v. Fallersleben, Simrock und Erck, durch deren Bemühungen die alten Schätze seines Liedes dem deutschen Volke wieder ausgegraben und vom Untergange gerettet wurden. Die Zuhörer spendeten dem Redner ihren aufrichtigen Dank durch laute Beifallsbezeugung.

Kleine Nachrichten aus dem Großherzogthum. Aus Hüfingen wird berichtet, daß einer dortigen Bürgerfrau auf der Landstraße von Wehla am Montag Abend unter Drohungen sämmtliches Geld abgenommen, die Taschen durchsucht und das leere Portemonnaie zurückgegeben wurde. — In Bruchsal hat sich im Amtsgerichtsgebäude ein wiederholt bestraffter Stromer J. Schneckebacher aus Hockenheim, der neuerdings zu 30 Tagen Haft verurtheilt war, erhängt.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 14. Febr. 36. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Ramey.

Am Regierungstische: Geh. Rath Ellstätter, Generaldirektor Eisenlohr und Betriebsdirektor Schupp. Eingelassen sind und werden durch das Sekretariat verlesen:

- 1) Bitte der Gemeinde Bräunlingen, den Bau einer Sekundärbahn von Furtwangen nach Donaueschingen betr.; übergeben vom Abg. Ganter;
- 2) Bitte der Gemeinde Hausen vor Wald, die Vollenbung der Wutachthal-Bahn betr.; übergeben vom Abg. Ganter;
- 3) Bitte sämmtlicher Schmalviehwehler des Großherzogthums wegen Gewichtsbestimmung accispflichtiger Kinder, hier namens der Wehler von Kehl übergeben durch den Abg. Huth;
- 4) Vorstellung, die Einführung der Braumalzsteuer betr., namens der Gemeinden Kork, Willstedt, Legelshurst, Kehl, Freistett, Neufreistett, Müdenschoff, Helmlingen, Dichtenau, Rheinbischöfsheim, Einz, Diersheim, Leutesheim, Auenheim und Bodersweier; übergeben vom Abg. Huth.

Der Präsident bringt zur Kenntniß des Hauses:

1) Eine Zuschrift des Präsidenten Großh. Ministeriums des Innern folgenden Inhalts: „Wie in der Begründung zu dem Gesetzentwurf, die gewerbmäßige Ausübung des Fußbeschlages betr., den ich der hohen Zweiten Kammer der Ständeversammlung vorzulegen die Ehre hatte, ausgeführt ist, fällt mit der Annahme des Entwurfs die Errichtung einer Anzahl Fußbeschlageschulen nöthig, um jenen, welche das Fußbeschlages-Gewerbe ergreifen wollen, die Gelegenheit zu eröffnen, dasjenige Maß theoretischer und praktischer Kenntnisse sich anzueignen, über dessen Vorhandensein sie sich künftig durch Bestehen einer Prüfung auszuweisen haben. Der jährliche Geldbedarf für 4 Fußbeschlageschulen, welche Zahl dem Bedürfniß entspricht, ist bei einer Schülerzahl von 56 bis 61 Köpfen auf rund 6000 Mark veranschlagt. Mit dieser Summe sollen die Bezüge der Lehrer, die Kosten für Miete, Beleuchtung und Feuerung, sowie die Vergütungen für das zur Verwendung kommende Lehrmaterial bestritten werden. Um den Jünglingen den Besuch der Schulen thunlichst zu erleichtern, sollen denselben Stipendien im Durchschnittsbetrag von 50 M. verwilligt werden, wobei eine Schülerzahl von 60 Köpfen einen weiteren Aufwand von 3000 M. erfordern wird. Der Gesamtjahresaufwand wird sich demnach auf rund 9000 Mark belaufen. Die erstmalige Einrichtung der Schulen (Ausstattung mit Lehrmitteln etc.) wird etwa 1600 M. erfordern. Wegen des nicht sehr erheblichen Betrags, um den es sich hier handelt, wird davon Umgang genommen, hierwegen eine Anforderung im außerordentlichen Budget zu machen; es soll vielmehr versucht werden, diesen Betrag der ordentlichen Dotation für Pferdebezug und Unterrichtser-

theilung im Fußbeschlages (§ 181 des Spezialbudgets des Ministeriums des Innern für 1884/85) zu entnehmen.

Hiernach und auf Grund der in Abschrift hier anliegenden Allerhöchsten Ermächtigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs aus Großh. Staatsministerium, d. d. Karlsruhe, 7. Februar 1884, Nr. 67/68, bin ich in der Lage, für vier Fußbeschlageschulen eine Nachtragsforderung von jährlich 9000 M. unter dem Titel XVI „Für Förderung der Landwirthschaft“ zu der bei § 181 im Budgetentwurf des Ministeriums des Innern für 1884/85 vorgesehenen Summe von 75,700 M. bei der Ständeversammlung, zunächst bei der Zweiten Kammer, in Antrag zu bringen.“

2) Eine Zuschrift des Präsidenten der Ersten Kammer folgenden Inhalts:

„Indem wir Hochdemselben für die mit gef. Schreiben vom 16. v. M. mitgetheilten, von der dortseitigen Budgetkommission vorläufig entworfenen, die Bestimmungen über die Remunerationen betreffenden Abänderungen an dem Finanzgesetz-Entwurf verbindlich danken, erlauben wir uns zu erwidern, daß unsere Budgetkommission die beantragte Fassung des Art. 9 des Finanzgesetzes als dem Staatsgesetz vom 22. Mai 1882 vollkommen entsprechend erachtet. Dagegen konnte sie sich nicht verhehlen, daß die Suspendirung der Bestimmungen des ersten Absatzes des Art. 21 des erwähnten Gesetzes, wie eine solche im Finanzgesetz-Entwurf der Großh. Regierung und mit Einschränkung auch in den einstweiligen Beschlüssen der Budgetkommission der hohen Zweiten Kammer enthalten ist, eine auf gesetzlichem Wege zu Stande gekommene Abänderung dieses Gesetzes voraussetzen dürfte. Da nun jetzt schon eine definitive Abänderung des Staatsgesetzes herbeizuführen inopportun erscheinen möchte, so möchten wir, sofern die dortige verehrliche Budgetkommission unsere formelle Bedenken theilen sollte, zu erwägen geben, ob diese nicht dadurch zu beseitigen wären, daß durch besonderes (Initiativ?) Gesetz die Aufhebung der einschränkenden Bestimmungen des ersten Absatzes des Art. 21 des Gesetzes vom 22. Mai 1882 auf die Dauer der laufenden Budgetperiode aufzuheben sei.“

3) Eine Einladung der „Eisfabrik Karlsruhe“ (Louis Benzinger) an die Herren Landtags-Abgeordneten zur gefälligen Besichtigung der Fabrik.

Die Abg. Wacker und Klein zeigen die Fertigstellung von Berichten an und beantragen deren Drucklegung, welche genehmigt wird.

Sodann erfolgte die Fortsetzung der Verathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget der Eisenbahnbetriebsverwaltung, Abth. I: „Eigentlicher Betrieb“.

Nachdem in der letzten Sitzung die Generaldiskussion beendet worden war, fand heute die Spezialdiskussion unter Aufruf der einzelnen Titel und Paragraphen statt, wobei die Kammer die Einnahmen und von den Ausgaben Titel I „Besoldungen und Gehalte“, sowie Titel II „Andere persönliche Ausgaben“ erledigte.

Sämmtliche Positionen wurden nach den Anträgen der Budgetkommission genehmigt; über den Verlauf der bis halb 3 Uhr sich erstreckenden Debatte werden wir morgen ausführlicher berichten.

* 11. Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 16. Februar, Vormittags 10 Uhr. Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf der Zweiten Kammer „die Ablösung der auf Privatrechtstitel beruhenden Schuldenkompetenzen betr.“. Berichte der Budgetkommission.

* 37. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag, den 15. Februar, Vormittags 9 Uhr. Fortsetzung der Verathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget der Eisenbahnbetriebsverwaltung, der Bodensee-Dampfschiffahrtsverwaltung, über den umlaufenden Betriebsfond obiger Verwaltungen, über den Antheil Badens am Reinertrage der Main-Neckar-Bahn für die Jahre 1884 und 1885, Verathung über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der

Beide Gesetzentwürfe: die gewerbmäßige Ausübung des Fußbeschlages und die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Angestellten der Staatsverwaltung betr.

Berichtigung. In unserem Bericht über die Generaldiskussion des Eisenbahnbetriebs-Budgets muß es am Schluß der Rede des Abg. Krausmann statt: „direkte Verbindung zwischen Heidelberg und Mannheim“ heißen: „eine direkte Bahn zwischen Heidelberg und Weinheim“.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 14. Febr. Das Abgeordnetenhaus erledigte eine Reihe von Petitionen und nahm einen Antrag auf Einstellung des gerichtlichen Verfahrens gegen den Abg. Meyer (Breslau) wegen Preßvergehens an. Bei der Petition wegen der Frage der Ueberbürdung der Schüler erklärte der Regierungskommissar Bonitz, die Verwaltung verfolge ununterbrochen die Fäden des Gewebes, welches die Kräfte der Jugend ersticken könne, zum Theil erstickt habe. Die Frage sei für die Unterrichtsverwaltung nicht minder wichtig als dem Hause. Die Verwaltung werde die Sache fortwährend ernstlich verfolgen. Nächste Sitzung Dienstag.

Leipzig, 14. Febr. Der mutmaßliche Thäter des Postdiebstahls ist bereits festgenommen.

Darmstadt, 14. Febr. Die Zweite Kammer beschloß, die Regierung zu ersuchen, eine Vorlage zu machen wegen umfassender Enquete über die Lage des kleinen und mittleren Grundbesitzes nach Analogie der in Baden durchgeführten Erhebungen. Die Kammer vertagte sich sodann bis zum 4. März.

St. Petersburg, 14. Febr. Der „Regierungsanzeiger“ veröffentlicht ein Telegramm vom 11. Februar aus Asakabad vom Chef des transkaspischen Gebiets an den Kaiser, wonach die Chane von vier Stämmen Turkmene, sowie 27 von je 2000 Kibiken gewählte Bevollmächtigte ihre unbedingte Unterthänigkeit unter den russischen Kaiser erklärten und beschworen.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Trost in Karlsruhe.

Theater und Kunst.

(Großh. Hoftheater.) Repertoire-Veränderung. In Karlsruhe. Freitag den 15. Febr. 22. Ab. Vorf. statt „Orpheus und Eurydike“: Der Troubadour, Oper in 4 Akten, nach dem Italienischen des Salvatore Cammarano, von Heinrich Broch. Musik von Joh. Verdi. Anfang 7 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.

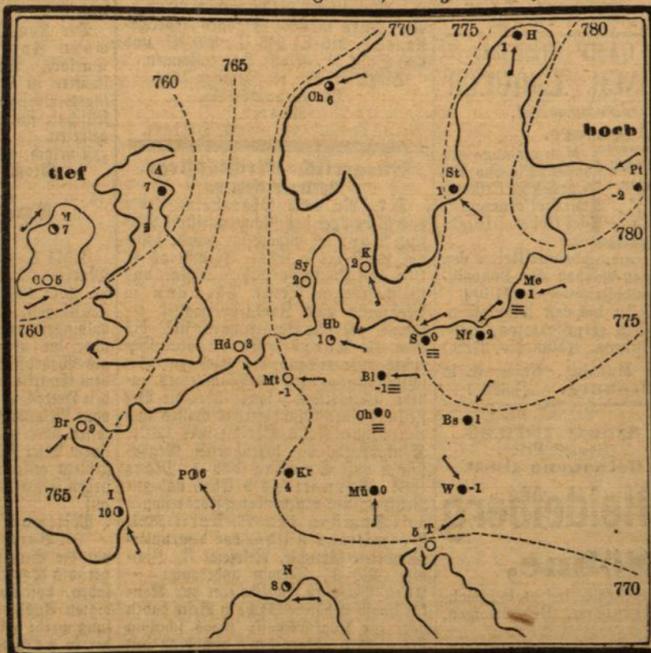
Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Geburten. 7. Febr. Josefine Kath. B.: Karl Beck, Taubzieher. — 8. Febr. Anna Luise Ottilie Fanni, B.: Rud. Ellstätter, Fabrikant. — 9. Febr. Erwin Rudolf Adolf, B.: Aug. Müller, Küchenschef. — 10. Febr. Bertha Veronika, B.: Karl Rastner, Eisenbahn-Arbeiter. — Friedrich Wilhelm, B.: Josef Schnerer, Schlosser. — 12. Febr. Wilhelm Friedrich, B.: Emil Büchle, Schlosser. — Sofia, B.: Phil. Hag, Schuhmacher. — 13. Febr. Sofie Emilie Auguste, B.: Theod. Armitz, Hof-Heizer. Eheschließungen. 14. Febr. Friedrich Gaiffert von Schwann, Tagelöhner hier, mit Friederike Reutlinger, geb. Walter, von Großlattbach. — Karl Billing von hier, Schlosser hier, mit Elisabetha Würz von Neckarmühlbach. — Pdm. Weber von Rottlingen, Restaurateur hier, mit Bertha Franz von Weiskind. Todesfälle. 13. Febr. Frieda, 1 J. 7 M. 15 T., B.: + Valter Lindacker. — 14. Febr. Karoline, Ehefrau des Schlosswärters Rauch, 68 J. — Bertha, Ehefrau des Tagelöhners Weidemann, 37 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm in c.	Thermom. in c.	Absolute Feucht. mm	Relative Feuchtigk. seit in %	Wind.	Himmel.
13. Nachts 9 Uhr	758.6	+ 5.8	5.2	76	NE	bedeckt
14. Morgs. 7 Uhr	758.3	+ 3.8	5.0	83	still	„
„ Mittags 2 Uhr	756.3	+ 5.0	5.1	78	NE	„

Wasserstand des Rheins. Mainz, 14. Febr., Morgs 3.51 m, gefallen 4 cm.

Wetterkarte vom 14. Februar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Ein hohes Maximum von 780 mm liegt über Finnland, so daß im Nordsee-Gebiete südliche und südöstliche, im südlichen Ostsee-Gebiete östliche und nordöstliche Winde vorherrschend geworden sind. Bei langsam sinkender Temperatur ist das Wetter über Centraluropa ruhig, fast neblig, ohne wesentliche Niederschläge. In Deutschland wurde vielfach Reif beobachtet, im Binnenlande herrscht stellenweise leichter Frost. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kurzberrichte

vom 14. Februar 1884

Staatspapiere.	Spichlebrader	156 1/2	
4 1/2% Reichsanleihe	102 1/2	154	
4 1/2% Preuß. Conl.	102 1/2	167 1/2	
4% Baden in fl.	101 1/2	203 1/2	
4% „ i. Wrt.	102 1/2	273 1/2	
Oester. Goldrente	85 1/2	194	
Silber.	67 1/2	100 1/2	
4% Ungar. Golbr.	75 1/2	Loose, Wechsel etc.	
1877er Russen	91	Def. Loose 1860 118 1/2	
II. Orientanleihe	57	Wechsel a. Amst. 168.85	
Italiener	92 1/2	„ „ Lond. 20.48	
Ägypter	67 1/2	„ „ Paris 80.12	
		„ „ Wien 168.40	
Kreditaktien	265 1/2	Napoleonstbr 16.21	
Disconto-Comm.	194 1/2	Privatdisconto 2 1/2	
Basler Banker.	122	Bad. Zuckerfabrik 123 1/2	
Darmstädter Bank	153 1/2	Allali Wester. 159 1/2	
Wien. Bankverein	94 1/2	„ „ 110 1/2	
Bahnaktien.		Kreditaktien 265 1/2	
Staatsbahn	264 1/2	Staatsbahn 264 1/2	
Lombarden	118 1/2	Lombarden 119	
Galizier	248 1/2	Lomb. St. 111	
Berlin.		Wien.	
Def. Kreditakt.	531.	Kreditaktien	306.40
„ Staatsbahn	529.	Marknoten	59.30
Lombarden	242.	Lomb. St.	—
Disco.-Comm.	194.70		
Laurahütte	111.10	5% Anleihe	106.07
Dortmunder	82.	Spanier	59
Marienburger	81.60	Ägypter	337.
Böhm. Nordbahn	—	Ottomane	648.
Lomb. St.	—	Lomb. St.	—

